



# Politische Forderungen

## Die Zukunft bargeldloser Bezahlverfahren

**Die Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V. ist eine unabhängige Dialogplattform für Vertreter:innen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Medien. Sie beschäftigt sich seit mehr als fünfzehn Jahren mit dem Bezahlen in Deutschland und informiert über die Vorteile der elektronischen Bezahlverfahren der Deutschen Kreditwirtschaft (DK) als sichere, diskrete und kostengünstige Bezahlösung – darunter die girocard, Deutschlands meistgenutzte Debitkarte. Die Initiative beobachtet aktuelle Trends und Entwicklungen und greift diese auf, um sich für einen technologischen Fortschritt von Bezahlverfahren einzusetzen. Die Verbreitung bargeldloser Zahlungssysteme hat das Potential, die Digitalisierung in Deutschland und der EU zu befördern und den Alltag der Menschen zu erleichtern. Damit dies gelingt, müssen der deutsche und europäische Gesetzgeber die richtigen Rahmenbedingungen setzen.**

### **1. Ausstieg aus der Krisenzeit – Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung**

Seit mittlerweile fast drei Jahren befindet sich die deutsche Wirtschaft im Krisenmodus. Die Corona-Pandemie hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die Finanzmärkte und die Realwirtschaft. Im Februar 2022 begann Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine. Die ökonomischen Auswirkungen dieses Konflikts, die daraus resultierende Gasmanngelage sowie die Inflation sind deutlich zu spüren. Banken und Sparkassen tragen in solch unsicheren Zeiten entscheidend zur Stabilisierung der Wirtschaft und des Finanzsystems bei. Doch nicht nur in Krisenzeiten sind sie gefragt: Auch bei der notwendigen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft Richtung Digitalisierung und Nachhaltigkeit leisten sie durch die Finanzierung von Projekten einen zentralen Beitrag. Damit die Banken und Sparkassen diese Funktion weiterhin ausüben können, benötigen sie veränderte Rahmenbedingungen. Beispielsweise sollte aus den Entlastungsmaßnahmen während der Krisen, vor allem hinsichtlich der Nutzung der Liquiditäts- und Kapitalpuffer, behutsam ausgestiegen werden, um die wirtschaftliche Erholung nicht zu gefährden. Des Weiteren sollten Kapitalmarktregulierungen weiterhin im Rahmen von anstehenden und laufenden Reviews und Überarbei-

tungen in diesem Bereich (z.B. bei der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie, PSD2) auf eine effiziente Funktionsweise überprüft werden. Durch die Überarbeitung der Regelwerke dürfen keine neuen bürokratischen Belastungen entstehen.

### **2. Europäische Kooperation ausbauen und zeitgleich nationale Bezahlverfahren stärken**

Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen weltpolitischen Entwicklungen wird deutlich, wie wichtig Unabhängigkeit in zentralen volkswirtschaftlichen Belangen ist – das Bezahlen bleibt davon nicht unberührt. Dazu gehört nicht zuletzt die Stärkung europäischer Zahlungssysteme. Mit der European Payment Initiative (EPI) wurde jüngst von Banken, Sparkassen und Zahlungsdienstleistern aus unterschiedlichen europäischen Ländern ein Bestreben nach einer europäischen Lösung für den elektronischen Zahlungsverkehr ins Leben gerufen, um mehr Unabhängigkeit von internationalen Anbietern zu erlangen. Nach aktuellem Stand wird es kein ganzheitliches allumfassendes europäisches System geben, jedoch eine Version, die Wallet und Instant Payments umfassen soll. Starke nationale Bezahlssysteme bilden die Basis für die Entwicklung europäischer Lösungen. Sie müssen deshalb nicht nur bestehen bleiben – ihr gegenseitiges Interagieren muss gestärkt und gefördert werden. Durch falsche Lenkungswirkung von Regulierungen der letzten Jahre (z. B. PSD2 und Interchange Fee Regulation) wurden die in Europa von Kartenherausgebern getragenen Zahlungssysteme benachteiligt. Internationale Zahlungssysteme gehörten dagegen zu den Profiteuren. In diesem Spannungsfeld fordert die Initiative den Gesetzgeber dazu auf, Rahmenbedingungen auszugestalten, die eine Entfaltung von nationalen und europäischen Zahlungssystemen erlauben und befördern. Bezahlinnovationen können Katalysator für eine erfolgreiche digitale Innovationskultur sein. Um diese schaffen und ausgestalten zu können, benötigt der Markt gesetzgeberische Stabilität. Langfristig sollten so auch digitale europäische Champions aktiv gefördert werden, um ein wichtiges Gegengewicht zu chinesischen und US-amerikanischen Unternehmen zu bilden.



### 3. Auf dem Weg zu einem offenen Finanzwesen

Während noch bis vor kurzem die Öffnung von grundlegenden Zahlungs- und Bankdiensten für Drittanbieter (Open Banking) im Vordergrund stand, bieten Finanzdienstleister auch immer häufiger Zugang zu weiteren Finanzdiensten und -produkten an (Open Finance). Open Banking macht es Marktteilnehmer:innen möglich, über offene Anwendungsschnittstellen (Application Programming Interfaces, APIs) Zugang zu Kundendaten und Diensten bei Banken zu erhalten. Marktakteure können ihren Kund:innen so eigene Dienstleistungen anbieten, da diese Daten und Dienste der Banken benutzen. Dadurch erhalten Kund:innen einen einfachen Zugang zu digitalen Dienstleistungen wie Bonitäts- und Legitimationsprüfungen oder automatisierten Übertragungen von Daten. Open Finance überträgt die Grundsätze von Open Banking auf eine größere Auswahl an Finanzprodukten, beispielsweise Kreditverträge oder Wertpapiere. Im Detail geht es darum, einen Datenaustausch mit weiteren Sektoren der Volkswirtschaft zu schaffen, wovon diese durch innovative und effiziente Finanzdienstleistungen profitieren kann. Aktuell entwirft die Europäische Kommission dafür einen rechtlichen Rahmen, der ein solches offenes Finanzwesen fördern soll. Open Finance ist ein wichtiger Schritt zu einem digitalen Binnenmarkt in Europa und innovativem Fortschritt. Wichtig ist hierbei jedoch, dass bei der Ausgestaltung profitable Geschäftsmodelle im Blick behalten werden. Marktteilnehmende müssen ihre Leistungen marktgerecht vergüten lassen dürfen. Zusätzlich muss sichergestellt werden, dass Haftungsfragen klar geregelt sind. Das Risiko einer unkontrollierten Datenweitergabe muss so weit wie möglich vermieden werden und abgesichert sein.

### 4. E-Mobilität durch transparente und sichere Zahlungsmöglichkeiten in die Breite bringen

Für eine breite Akzeptanz der E-Mobilität in der Gesellschaft sind einheitliche und verständliche Bezahlösungen an E-Ladesäulen notwendig. Verbraucher:innen müssen bei dem Umstieg auf klimafreundliche Elektromobilität unterstützt werden, indem sie sich auf eine ebenso gut ausgebaute Ladeinfrastruktur mit gängigen Bezahlmöglichkeiten verlassen können, wie sie es vom herkömmlichen Tankstellennetz oder vom normalen Einkauf an der Ladenkasse gewohnt sind. Bereits während der Novellierung der Ladesäulenverordnung (LSV) auf deutscher Ebene setzte sich die Initiative erfolgreich für die Akzeptanz von Debit- und

Kreditkarten als Mindeststandard an Ladesäulen ein. Bei der Alternative Fuels Infrastructure Regulation (AFIR) fordert sie auf europäischer Ebene nun das Gleiche. Dabei setzt sich die Initiative dafür ein, einheitliche Bezahlösungen unabhängig von der angebotenen Ladekapazität der Ladesäule festzuhalten. Des Weiteren sieht die Initiative den aktuell anvisierten Umsetzungszeitpunkt für 2027 kritisch, um den Hochlauf der Elektromobilität garantieren zu können. Verbraucher:innen sollten bereits ab 2023 die Möglichkeit haben, an neu errichteten Ladesäulen mit der Debit- oder Kreditkarte zahlen zu können. Das Europäische Parlament hat in bisherigen Ausschusssitzungen und Stellungnahmen die Wichtigkeit der Akzeptanz von Debit- und Kreditkarten als Mindeststandard an Ladesäulen erkannt und sich dafür ausgesprochen. Das abschließende Votum des Parlaments ist für Anfang Oktober 2022 geplant. Hier ist zu hoffen, dass sich das Parlament hinsichtlich des Umsetzungszeitpunktes auf einen verbraucherfreundlicheren Kompromiss einigen kann. Leider hat es der Europäische Rat bei seiner Positionierung im Juni dieses Jahres versäumt, für eine Verpflichtung zur Kartenakzeptanz an Europas Ladesäulen einzutreten. Ein verbraucherunfreundlicher Beschluss, den die Bundesregierung in den nachfolgenden Trilogverhandlungen noch korrigieren kann.

Die **Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V.** ist überzeugt, dass modernes und verbraucherfreundliches bargeldloses Bezahlen auch Innovationen in verschiedenen Branchen voranbringt. Der Verein mit Sitz in Berlin leistet Aufklärungsarbeit über die girocard als sichere, unabhängige und weit verbreitete Bezahlösung. Er versteht sich als Netzwerk für Unternehmen und Institutionen, die die bargeldlosen Bezahlverfahren der Deutschen Kreditwirtschaft akzeptieren oder die hierfür notwendige Infrastruktur bereitstellen. Die Initiative Deutsche Zahlungssysteme e.V. beschäftigt sich bereits seit mehr als fünfzehn Jahren mit dem Bezahlen in Deutschland.

#### Zu den Bezahlverfahren

Rund 100 Millionen girocards von Banken und Sparkassen gibt es in Deutschland – fast jeder Bürger:in hat sie in der Tasche. Immer mehr Banken und Sparkassen ermöglichen ihren Kund:innen mit der girocard als Deutschlands meist genutzter Debitkarte den neuen, komfortablen Service des kontaktlosen Bezahls mit physischer Karte oder aber als digitaler Karte im Smartphone oder der Smartwatch.

Weitere Informationen finden Sie unter  
<https://www.initiative-deutsche-zahlungssysteme.de>